



METALL FORDERUNGEN

**HIER GEHT'S UM DIE STIMMEN
DER BESCHÄFTIGTEN**



VORWORT

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

die Industrie ist das Herzstück der deutschen Wirtschaft. Wir, die IG Metall, sind die Stimme der Beschäftigten in den Branchen Metall und Elektro, Eisen und Stahl, Textil und Bekleidung, Holz und Kunststoff, Informationstechnologie sowie der Zeit- und Leiharbeit. Viele Kolleginnen und Kollegen spüren aktuell deutlich, dass sich die Industriekonjunktur im Abschwung befindet.

Viel gesprochen wird über die geopolitischen Unsicherheiten und die Verschiebungen der globalen Kräfteverhältnisse, die Notwendigkeit auf klimafreundliche Produkte umzustellen, die nötigen Anpassungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung und den demografischen Veränderungen. Die Aufgaben sind gewaltig. Analysen gibt es genug. Jetzt ist Zeit zu handeln!

Als Sozial- und Tarifpartner können wir viel gestalten – auch in einem schwierigen Umfeld. Das zeigt unser jüngster Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie. Aber die Politik muss den richtigen Rahmen setzen und gerade in Umbruchzeiten gezielt und steuernd eingreifen.

Für die IG Metall ist klar: Deutschland muss auch in Zukunft ein starkes Industrieland sein. Industrie und Handwerk sind traditionell eng verflochten. Wir wollen unseren Wohlstand erhalten, Zukunft gestalten und soziale Sicherheit sowie Perspektiven vermitteln.

**Es ist Zeit zu handeln!
WEIL DAS JETZT ZÄHLT!**

Es geht um die Sicherung von Beschäftigung und den Ausbau von mitbestimmter, tarifgebundener guter Arbeit. Es geht um wettbewerbsfähige Energiepreise, die Gestaltung der Energiewende und die Zukunft der Automobilindustrie in Deutschland. Es geht um massive Investitionen ohne Kürzungen beim Sozialstaat. Nur gemeinsam mit den Beschäftigten wird es gelingen, die Herausforderungen zu meistern und mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Nur mit mehr Demokratie in den Betrieben und mehr Tarifbindung können wir den Wandel in den Betrieben mitgestalten.

Unsere Positionen und Forderungen haben wir in den vorliegenden **METALLFORDERUNGEN** zusammengestellt. Sie richten den Fokus auf Themen, die der IG Metall aufgrund der aktuellen Lage besonders am Herzen liegen. Mit Blick auf die kommende Legislaturperiode werden wir uns auch darüber hinaus in die politische Debatte einbringen.

Laut und sichtbar werden die Stimmen der Beschäftigten bei unserem bundesweiten Aktionstag am 15. März 2025 in Hannover, Leipzig, Köln, Frankfurt und Stuttgart.

Wir wünschen Ihnen und Euch eine aufschlussreiche Lektüre und freuen uns auf interessante Diskussionen.

Christiane Benner
Erste Vorsitzende der IG Metall

Bildrechte: Thomas Range



**WEIL
DAS JETZT
ZÄHLT.**

INHALTS- VERZEICHNIS

- 1. BESCHÄFTIGUNG SICHERN UND GUTE ARBEIT STÄRKEN**
- 2. ENERGIEWENDE UND INDUSTRIE: ZUKUNFT SICHERN, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN**
- 3. ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE AM STANDORT DEUTSCHLAND**
- 4. FÜR EINE ZUKUNFTSWEISENDE INVESTITIONSPOLITIK**
- 5. FÜR EINE GERECHTE FINANZIERUNG**
- 6. GUTE RENTE FÜR JUNG UND ALT**
- 7. MITBESTIMMUNG: FÜR MEHR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT**
- 8. FÜR EINE STARKE TARIFAUTONOMIE UND MEHR TARIFBINDUNG**



METALL FORDERUNG

BESCHÄFTIGUNG SICHERN UND GUTE ARBEIT STÄRKEN

Der Arbeitsmarkt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel führen zu umfangreichen Verschiebungen innerhalb und zwischen Branchen, Betrieben und Tätigkeiten. Fachkräftebedarfen auf der einen Seite steht Arbeitsplatzabbau auf der anderen gegenüber. Die Industriebereiche sind in besonderem Maße betroffen.

Um die beschäftigungspolitischen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, sind alle Akteur*innen gefragt – auch die Politik. Sie muss die nötigen Rahmenbedingungen schaffen für die Sicherung von Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung sowie guter Arbeit.

Beschäftigung sichern durch aktive Arbeitsmarktpolitik

Die IG Metall will Standorte und Beschäftigung sichern. Erstes Ziel ist es, zukunftsfeste Perspektiven im angestammten Betrieb zu erreichen. Das wollen wir mit einer Arbeitsmarktpolitik erreichen, die in schwierigen Phasen für Sicherheit sorgt. Hier sollte auf bewährte Instrumente, wie insbesondere Kurzarbeit, zurückgegriffen und diese bei Bedarf angepasst werden.

Qualifizierung ist ein Weg Beschäftigung zu sichern und zugleich einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten. Daher gilt es, den eingeschlagenen Weg einer zukunftsorientierten, aktiven Arbeitsmarktpolitik fortzusetzen. Der Ausbau der Beratung und Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten ist richtig. Diesen Weg gilt es weiter zu beschreiten. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass hinsichtlich der Praktikabilität der Instrumente nachjustiert werden muss.

Garantierter Zugang zu einer vollqualifizierenden beruflichen Erstausbildung

Qualifizierte Arbeitskräfte sind ein Standortfaktor. Um die Fachkräftebasis zu sichern, muss auch die Förderung für Ausbildungssuchende weiterentwickelt werden. Für einen gelingenden Übergang zwischen Schule und Beruf muss bei den Jugendberufsagenturen ein systematisches Übergangsmanagement aufgebaut werden. Weiterhin ist es notwendig, gute Bedingungen und Standards für die duale Berufsausbildung und das duale Studium zu schaffen.

Alle jungen Menschen sollten Zugang zu einer vollqualifizierenden beruflichen Erstausbildung haben, finanziert durch einen vom Bund gesetzlich zu schaffenden Zukunftsfonds für Ausbildung.



Von Arbeit in Arbeit

Gibt es keine Perspektiven im Ursprungsbetrieb, gilt es, Brücken in neue, gute Arbeit zu bauen. Transferkurzarbeit ist eine Brücke in neue Beschäftigung. Die Qualifizierung in Transfergesellschaften muss gestärkt werden. Damit Weiterbildungsträger die nötigen Weiterbildungen für Beschäftigte und Arbeitslose qualitativ hochwertig durchführen (können), müssen die Erstattungskostensätze dringend reformiert werden.

Auch Arbeitsmarktdrehscheiben sind eine Möglichkeit, Beschäftigten einen reibungslosen Jobwechsel inklusive Qualifizierung und ohne Phasen von Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. Sie können eine Win-win-Situation für Betriebe und Beschäftigte darstellen. Das Gelingen ist aber an die Bedingungen vor Ort sowie einige zentrale Kriterien geknüpft. Beispielsweise sind eine frühzeitige und enge Einbindung von Betriebsräten und Gewerkschaften sowie freiwillige Wechsel zwingend. Gute Arbeit und Tarifbindung sollten zudem das Ziel sein.

Arbeitslosenversicherung weiterentwickeln

Wandel braucht soziale Sicherheit. Deshalb muss die Arbeitslosenversicherung wieder zum zentralen sozialen Sicherungssystem bei Arbeitslosigkeit werden. Ziel sollte die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung sein, um über den Lebenslauf hinweg und präventiv die Beschäftigungsfähigkeit zu sichern und berufliche Perspektiven zu verbessern.

**METALL
FORDERUNG**
BESCHÄFTIGUNG SICHERN UND
GUTE ARBEIT STÄRKEN



Der Fokus sollte sich noch stärker auf Beratung und Qualifizierung statt schneller Vermittlung richten. Hierfür müssen entsprechend Mittel und Personal bei der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung stehen. Die IG Metall fordert zudem eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und eine Verbesserung des Schutzes für Beschäftigte, die jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, sowie eine Ausweitung der Rahmenfrist.



WAS DIE IG METALL FORDERT

- **Sicherung von Beschäftigung durch Kurzarbeit, ggf. Anpassung der Regelungen an Verhältnisse (Verlängerung Bezugsdauer, erleichterte Voraussetzungen für das Kurzarbeitergeld)**
- **Qualifizierung von Beschäftigten durch mehr Beratung und Förderung stärken**
- **Weiterentwicklung der bestehenden Förderinstrumente zur Qualifizierung im SGB III: insbesondere Vereinfachung der betrieblichen Eignungserfordernisse, Reform der Zertifizierungsprozesse**
- **Dauerhafte Überwindung der Sperrklinken zwischen den Förderschienen der Arbeitsförderung (SGB III) und des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) durch dauerhafte Abschaffung des § 22 SGB III**
- **Zugang zu einer vollqualifizierenden beruflichen Erstausbildung für alle jungen Menschen, finanziert durch einen Zukunftsfonds (echte Ausbildungsgarantie)**
- **Aufbau und Stärkung eines systematischen Übergangsmagements (bei den Jugendberufsagenturen)**
- **Weiterentwicklung von Job-to-Job-Instrumenten wie z. B. Arbeitsmarktdrehscheiben unter Einbeziehung von Betriebsräten und Gewerkschaften**
- **Verbesserung der Regelungen im Transferkurzarbeitergeld: bis zu 24 Monate Bezugsdauer, Streichung Fristenregelung für Qualifizierung, förderfähige Ausbildungen, Weiterbildungsgeld/Aufstockung bei abschlussbezogener Qualifizierung**
- **Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung:**
 - **Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf bis zu 36 Monate und verbesserter Schutz für langjährig Versicherte**
 - **Ausweitung der Rahmenfrist auf 36 Monate**



METALL FORDERUNG

ENERGIEWENDE UND INDUSTRIE: ZUKUNFT SICHERN, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN

Deutschland steht vor einer doppelten Herausforderung: Klimaschutz und Erhalt industrieller Wettbewerbsfähigkeit. Der Schlüssel liegt in erneuerbaren Energien, Wasserstofftechnologien und einem bezahlbaren Industriestrompreis. Ohne entschlossene Maßnahmen droht der Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung. Es gilt: Jetzt handeln, um den Industriestandort zu sichern!

Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien dient neben dem Klimaschutz auch dem Erhalt der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und der Reduzierung der Importabhängigkeit. Deutschland steht hier in einem intensiven globalen Wettbewerb. Länder wie die USA setzen mit dem Inflation Reduction Act starke Impulse, China verantwortet aktuell etwa 35 Prozent des weltweiten Zubaus erneuerbarer Energien. Auch die Europäische Union und Deutschland müssen entschlossene Maßnahmen ergreifen, um Klimaschutz mit wirtschaftlicher Stärke zu verbinden. Nur so lassen sich Wertschöpfung und Arbeitsplätze langfristig sichern.

Ausbau von erneuerbaren Energien und Netzinfrastruktur

Der Übergang zu erneuerbaren Energien ist in Deutschland gut vorangeschritten: Rund 60 Prozent des Stroms stammen bereits aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Solar und Wasserkraft. Bis 2030 soll dieser Anteil auf 80 Prozent steigen. Dank sinkender Gestehungskosten haben erneuerbare Energien fossile Energieträger bereits in vielen Bereichen als günstigere Energiequelle abgelöst.

Gleichzeitig erhöht der CO₂-Preis die Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien, da er die Klimafolgekosten fossiler Brennstoffe in die Preisbildung einbezieht. Damit der Strom aus erneuerbaren Energien zuverlässig bei Industrie und Verbrauchern ankommt, ist ein massiver Ausbau der Stromnetze notwendig. Dazu zählen nicht nur Übertragungsnetze, sondern auch intelligente Verteilnetze und moderne Speichertechnologien. Diese Investitionen sind teuer, aber notwendig, und sollten im Rahmen öffentlicher Daseinsvorsorge durch öffentliche Trägergesellschaft finanziert werden.

Wasserstoff: Rückgrat der klimaneutralen Wirtschaft

Neben dem Stromsektor ist Wasserstoff eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende. Hierfür müssen die Wasserstoffproduktionskapazitäten bis 2030 auf mindestens 15 Gigawatt ausgebaut werden. Deutschland benötigt zudem eine flächendeckende Wasserstoffinfrastruktur mit Speichern und Transportnetzen, die alle Regionen gleichmäßig versorgt.

Vorrangig sollten heimische Produktionsanlagen ausgebaut werden, während Importe eine ergänzende Rolle spielen. Der Aufbau eines Wasserstoffmarktes bietet enorme Potenziale für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und den Erhalt bestehender industrieller Wertschöpfungsketten. Weiter reduziert er die Abhängigkeit von fossilen Energien und trägt dazu bei, Deutschland als Industriestandort zukunftsfähig zu machen.



Ein bezahlbarer Industriestrompreis ist der Schlüssel, um den Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfungsketten zu verhindern.

Dringlichkeit eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises

Die Sicherung eines wettbewerbsfähigen und bezahlbaren Industriestrompreises ist der zentrale Hebel, um energieintensive Branchen und ihre Beschäftigten zu schützen.

Aktuell liegt der Strompreis in Deutschland deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Zwischen April und Juni 2024 waren die Kosten in Deutschland doppelt so hoch wie in Spanien, Schweden oder Frankreich.

Für energieintensive Industrien wie die Stahl-, Chemie- und Aluminiumbranche, die jährlich etwa 140 TWh Strom verbrauchen, ist ein stabiler und wettbewerbsfähiger Strompreis essenziell. Diese Branchen stehen nicht nur für zentrale Teile der deutschen Wertschöpfung, sondern leisten auch einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende. Ein Beispiel ist die Stahlindustrie, die vollständig dekarbonisiert werden könnte, um grünen Stahl für Windkraftanlagen und andere Energiewendetechnologien bereitzustellen.

- Rund 20 Prozent der Vorleistungskäufe des Maschinenbaus und 12 Prozent des Fahrzeugbaus entfallen auf die Stahlbranche.
- Branchen wie Elektrotechnik, Bauwesen und Metallverarbeitung hängen ebenfalls von Stahl ab.
- Stahlintensive Branchen stehen für etwa vier Millionen Arbeitsplätze in Deutschland, das sind zwei von drei Industriearbeitsplätzen.

METALL FORDERUNG

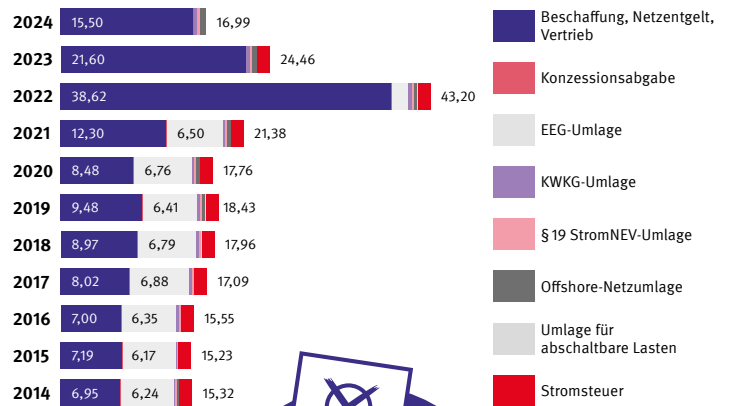
ENERGIEWENDE UND INDUSTRIE: ZUKUNFT SICHERN, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN



Ein wettbewerbsfähiger Industriestrompreis schützt also nicht nur einzelne Branchen. Er sichert vielmehr die gesamte industrielle Wertschöpfungskette. Ohne ihn droht die Abwanderung von Schlüsselindustrien, was gravierende Folgen für Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort hätte.

Strompreis für die Industrie

Alle Werte ct/kWh



Quelle: VEA, BDEW
Stand: 12/2024



WAS DIE IG METALL FORDERT

- **(Sofort-)Maßnahmen zur Strompreisentlastung:**
 - befristete Deckelung des Industriestrompreises für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Branchen in Höhe von fünf Cent pro Kilowattstunde, bis genug erneuerbare Energien installiert sind und ein neues Strommarktdesign etabliert ist, das langfristig wettbewerbsfähige Preise sichert
 - rasche und deutliche Entlastung bei den Netzentgelten
 - Ausweitung des Begünstigtenkreises für Beihilfen zur Strompreiskompensation, um mehr kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) zu entlasten
 - Entbürokratisierung der Beantragung entsprechender Beihilfen
- der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze muss beschleunigt und durch öffentliche Mittel finanziert werden, um die Anforderungen der Energiewende zu erfüllen und dauerhaft wettbewerbsfähige Energiepreise zu gewährleisten
- die Produktionskapazität für Wasserstoff muss bis 2030 auf 15 GW erhöht und eine umfassende nationale Infrastruktur aufgebaut werden, die eine sichere Versorgung in ganz Deutschland sicherstellt



METALL FORDERUNG

ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE AM STANDORT DEUTSCHLAND

Die deutsche Automobil- und Zulieferindustrie steht massiv unter Druck. Fast täglich werden die Beschäftigten durch Nachrichten über Standort- und Personalabbaupläne geschockt. Die konjunkturellen und strukturellen Probleme der Branche werden heute rücksichtslos auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

In Europa liegt die Automobilnachfrage bei Verbrennerfahrzeugen und bei Autos mit neuen, elektrifizierten Antriebsformen weit unter dem Rekordniveau von 2019. Auf den globalen Märkten sind mit Tesla und den chinesischen Herstellern neue, starke Konkurrenten hinzugekommen. Bei der Produktivität und in den zentralen Zukunftsfeldern Elektromobilität, Batterietechnik und Software ist die deutsche Industrie nach einer Reihe von Fehlentscheidungen zurückgefallen.

Auf dem größten Automobilmarkt der Welt, China, ist bereits jetzt die Hälfte der Neuwagen elektrifiziert und die deutschen Hersteller tun sich gerade da schwer. Der Marktanteil elektrifizierter Fahrzeuge steigt global stetig an, wohingegen der Anteil der Verbrennerfahrzeuge sinkt. E-Mobilität ist und bleibt daher die wichtigste Zukunftsfrage.

Der Standortkampf

Befeuert durch die Krise finden sich die deutschen Standorte in einem brutalen Wettbewerb um Kosten und Standards wieder. In vielen Unternehmen kämpft die IG Metall an der Seite der Beschäftigten um Standorte, Arbeitsplätze und Zukunftsinvestitionen.

Obwohl die Arbeitskosten in der Industrie nur einen kleinen Teil ausmachen, werden mit Verweis auf Lohnniveaus rücksichtslos Margen optimiert – oft kurzfristig, renditegetrieben, ohne Plan. Gleichzeitig klagen die Unternehmen zu Recht über hohe Energie- und Bürokratiekosten am deutschen Standort.

Der Weg aus der Krise – Politik gefordert

Wertschöpfung und Beschäftigung in der Automobil- und Zulieferindustrie sind Schicksalsfragen für den Industriestandort Deutschland. Daher muss die Politik ihren Teil dazu beitragen, die Zukunft der Automobilstandorte zu sichern. Jetzt gilt: Kurs halten! Hochlauf der E-Mobilität fördern!

Das heißt aktuell vor allem: Schnell Fehler korrigieren und nachlegen bei der Förderung der Elektromobilität. Wir brauchen jetzt keinen Zickzackkurs der Politik! Hersteller und Zulieferer haben Milliarden investiert; elektrifizierte Antriebe sind die Zukunft. Aber: Hersteller und Zulieferer können die Ziele der Politik nicht allein erreichen. Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, Infrastruktur aufbauen, neue Wertschöpfung ansiedeln. Sie muss den Markthochlauf noch weiter unterstützen, beim Aufbau der Ladeinfrastruktur helfen, die Ansiedlung von Batteriezellfertigung fördern, die Rohstoffversorgung sichern.



Wir brauchen einen starken Heimatmarkt, damit unsere Industrie bei dieser Zukunftstechnologie weiter vorn mitspielen kann. Ohne höhere Stückzahlen bei E-Autos auf den deutschen und europäischen Märkten wird es europäischen Herstellern und Zulieferern schwerfallen, Kosten und Preise zu senken und ihre hohen Investitionen zu amortisieren. Der schleppende Hochlauf führt auch zur Investitionszurückhaltung in der Wertschöpfungskette der E-Mobilität. All das hilft nur der Konkurrenz. Wir verlieren wertvolle Zeit im internationalen Wettbewerb um die Märkte der Zukunft.

Die IG Metall fordert jetzt ein schnelles neues Förderpaket für die Elektromobilität. Es wäre gleichzeitig ein Konjunkturprogramm wie auch eine industriepolitische Fitness-Spritze für einen erfolgreichen Umbau der Automobilindustrie.

Die Kapitalseite macht massiv Druck auf Löhne, Kosten und Standards am Standort Deutschland. Sie droht mit Abwanderung und Verlagerung und macht die Drohung immer öfter auch wahr. Dagegen werden sich die Beschäftigten wehren. Dagegen muss auch die Politik aktiver einschreiten: Wir brauchen eine Local-Content-Strategie für Deutschland und die Europäische Union.

**METALL
FORDERUNG**
ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE
AM STANDORT DEUTSCHLAND



Jede Form staatlicher Förderung muss an den Standort- und Beschäftigungserhalt geknüpft werden, an deutsche und europäische Wertschöpfungsanteile.

Aber: Nicht jede Klage der Unternehmen ist falsch. Die Energiepreise in Deutschland sind zu hoch. Die Politik kann aufwendige Berichtspflichten vereinfachen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Auch so kann die Politik den Beschäftigten der Automobilindustrie helfen.

WAS DIE IG METALL FORDERT

- **Sonderabschreibung für gewerblich angeschaffte E-Autos und Plug-in-Hybride**
- **steuerliche Absetzbarkeit für privat angeschaffte E-Autos und Plug-in-Hybride**
- **soziales Leasingprogramm für einkommensschwache Haushalte**
- **Förderung nur für Fahrzeuge, die zu großen Anteilen in der EU gefertigt werden**
- **Auflagen für mehr Ladepunkte an Tankstellen, beim Handel und beim Arbeitgeber**
- **Vergünstigung des Ladestroms durch Senkung der Steuern und mehr Preistransparenz**
- **Unterstützung einer Elektroquote für gewerbliche Flotten auf EU-Ebene**
- **Förderung des Kaufs gebrauchter E-Fahrzeuge, um Flottendurchdringung voranzubringen und Restwertrisiko zu mindern**
- **falls Flottengrenzwertziele 2025 dennoch verfehlt werden: EU-Strafzahlungen flexibilisieren durch ein System von Stundung und späterer Tilgung gekoppelt an Standort- und Beschäftigungssicherung**
- **Finanzierung des LKW-Ladernetzes sichern und Depotladen fördern**
- **Wiederaufnahme der Forschungsförderung zur Batterietechnologie**
- **weitere Finanzierung der regionalen Transformationsnetzwerke bis 2028**





METALL FORDERUNG

FÜR EINE ZUKUNFTSWEISENDE INVESTITIONSPOLITIK

Seit 2014 steigen die öffentlichen Investitionen in Deutschland leicht an – doch sie liegen weiterhin weit unter dem nötigen Niveau, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Bahn, Straßen, Schulen und Brücken – der öffentliche Kapitalstock erodiert. Für Bürger*innen wie für Unternehmen wird die Investitionsmisere zusehends zur Hypothek.

In den letzten Jahren gab es auch Erfolge beim Investitionsgeschehen: Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) gaben in einer gemeinsamen Studie von Mai 2024 an, dass z.B. die für den Breitbandausbau eingestellten Mittel mittlerweile ausreichend sind und der Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich beschleunigt wurde. Dennoch: Zahlreiche Studien legen die verbleibende riesige Investitionslücke offen.

In den kommenden zehn Jahren sind jährlich zusätzliche Investitionen in Höhe von 60 Milliarden Euro notwendig, allein um die wesentlichsten Infrastrukturbedarfe zu decken – also insgesamt 600 Milliarden Euro.

POSTENGRUPPE	BEDARF IN MRD. EURO
KOMMUNALE INFRASTRUKTUR	205,7
BILDUNGS-AUSGABEN	41,4
WOHNUNGSBAU (STAATLICHER TEIL)	36,8
SCHIENENNNetz UND FERNSTRASSEN	98,5
KLIMASCHUTZ UND ANPASSUNG	213,2
SUMME	595,6

Quelle: Eigene Darstellung nach IMK/IW, 2024

Diese Summe ist eine Untergrenze, denn die Förderung der Dekarbonisierung der Industrie ist in dieser Summe nicht berücksichtigt. Da nachhaltige Geschäftsmodelle im internationalen Vergleich preislich oft noch nicht wettbewerbsfähig sind, sind bestimmte Industriezweige auf Unterstützung angewiesen. Neben Investitionszuschüssen (z. B. in Form einer Investitionsprämie oder zumindest weiterhin verbesserter Abschreibungsmöglichkeiten) und Betriebskostenzuschüssen (z. B. Klimaschutzverträge) sind auch ordnungsrechtliche Maßnahmen sinnvoll, um die Bildung grüner Leitmärkte (z. B. durch Quoten) zu unterstützen.

Berücksichtigt man auch die Ausgabenbedarfe für Strompreiskompensation und Lokalisierungsanreize, beläuft sich das Gesamtvolumen der Industrieförderung auf etwa 50 Milliarden Euro bis 2030. Bleibt die kommende Bundesregierung bei den bisher geplanten Mitteleinstellungen, verbleiben Mehrkosten etwa in Höhe von 30 Milliarden Euro.

Deutschland investiert in seine öffentliche Infrastruktur gemessen an seiner Wirtschaftskraft weiterhin unter dem EU-Durchschnitt. Der Modernitätsgrad von Schienennetz, Wasserstraßen und Fernstraßen sinkt, die öffentliche Infrastruktur verliert weiter an Wert. Die Folgen sind Staus vor sanierungsbedürftigen Brücken, sich systematisch verspätende Züge, marode Schulgebäude, mangelhafte ÖPNV-Verbindungen, fehlende Wohnungen, unzureichender Klimaschutz und unzureichende Anpassungen an die bereits unvermeidlichen Folgen des Klimawandels.

Sicherheit im Wandel bedeutet auch, diese Fragen anzugehen. Auch immer weiter steigende Mieten und weniger bezahlbarer Wohnraum berühren existenzielle Grundbedürfnisse und belasten immer mehr Menschen. Werden diese Probleme nicht gelöst, erodiert nicht nur öffentliches Vermögen, dessen Bereitstellung staatliche Kernaufgabe ist.

Wo es weiter wegbricht, verliert der Staat nicht nur Gestaltungsmöglichkeiten – er gefährdet das Vertrauen in seine Funktionsfähigkeit.

Längst schlagen die Effekte auch auf den Wirtschaftsstandort durch: Der Kapitalstock der deutschen Wirtschaft ist veraltet. Hiesige Unternehmen investieren viel zu wenig in Bauten und Anlagevermögen. Das hängt auch mit dem öffentlichen Investitionsgeschehen zusammen: Öffentliche Investitionen müssen gerade in Phasen des Übergangs in vielen Bereichen privaten Investitionen vorausgehen. Das DIW schätzt, dass ein Euro öffentlicher Investitionen das Anderthalbfache an privaten Investitionen auslösen würde.

78%

der Kommunen sehen mindestens einen „nennenswerten“ Investitionsrückstand bei der Verkehrsinfrastruktur.
Quelle: KfW-Kommunalpanel, 2024

Im Zentrum der Investitionsbedarfe stehen die Kommunen: Das Gros der Investitionen muss auf kommunaler Ebene erfolgen und auch hier sind Nadelöhre zu finden. Nur ein Drittel der Kommunen gibt im KfW-Kommunalpanel 2024 an, den bestehenden Investitionsrückstand derzeit etwas abbauen zu können. Der Bund ist

METALL FORDERUNG

FÜR EINE ZUKUNFTSWEISENDE INVESTITIONSPOLITIK



hier gefordert, seine Pläne zur Entlastung überschuldeter Kommunen voranzutreiben. Viele Kommunen sind aus nicht zu verantwortenden strukturellen Gründen überschuldet und würden ohne Tilgung ihrer Altschulden erheblich benachteiligt. Der Bund sollte Mittel zum Aufbau von Planungskompetenzen bereitstellen und kommunale Haushalte über strukturelle Reformen entlasten.

Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen sollten außerdem verfassungsrechtlich als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern definiert werden. So könnten Länder und Kommunen gezielt entlastet werden.



WAS DIE IG METALL FORDERT

- Investitionspaket des Bundes über zehn Jahre mit einem Volumen von mindestens 600 Milliarden Euro für Investitionen in öffentliche Infrastrukturen
- zusätzliche öffentliche Unterstützungsleistungen für die Dekarbonisierung der Industrie (ca. 30 Milliarden Euro in den kommenden fünf Jahren)
- Steuerreform für die systematische Entlastung kommunaler Haushalte (z. B. über Gemeindefinanzierungssteuer, siehe DGB-Steuerkonzept: www.dgb.de/geld/steuerkonzept/)
- Tilgung der Altschulden besonders überschuldeter Kommunen
- Unterstützung von Kommunen, auf Bau- und Planungskapazitäten zurückzugreifen, die kommunal nur selten gebraucht werden, inkl. einer angemessenen personellen Ausstattung und flexibler Zugriffe auf behördenübergreifende Pools von Expert*innen mit (Groß-)Projekterfahrung
- wirkungsvolle Maßnahmen zur Begrenzung von Mietpreisen, mehr Investitionen in öffentlichen Wohnungsbau sowie Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus
- deutliche Beschleunigung von Verwaltungsverfahren – insbesondere bei Infrastrukturprojekten inkl. Digitalisierung von Verfahrensschritten, Abbau von Verfahrenseffizienzen und Abbau von Rechtsunsicherheiten (z. B. durch standardisierte Umsetzung) – kein Absenken von Schutz- und Beteiligungsstandards



METALL FORDERUNG

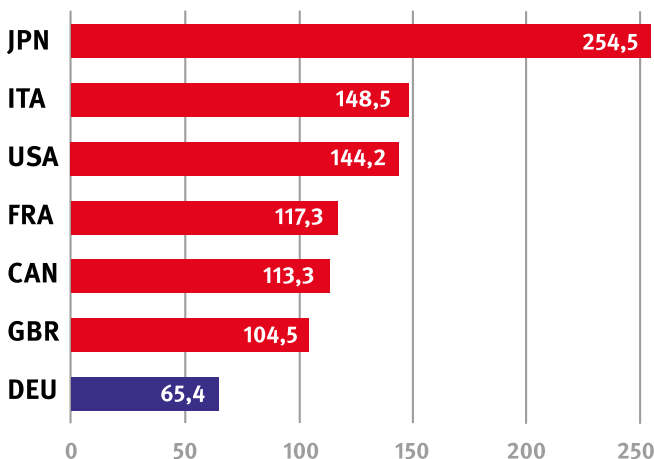
FÜR EINE GERECHTE FINANZIERUNG

Wir brauchen eine ambitionierte Investitionspolitik, die den Herausforderungen der Zeit gewachsen ist. Neben einer gerechteren Einnahmehbasis durch angemessene Besteuerung sehr hoher Vermögen und Einkommen müssen die Grundlagen für eine Kreditfinanzierung wichtiger Zukunftsinvestitionen geschaffen werden.

Bei einmaligen Investitionen z. B. in die Schiene, in Datennetze, die Energieinfrastruktur oder zur Förderung privater Klimaschutzinvestitionen sprechen gute Gründe für eine Kreditfinanzierung: Von diesen Zukunftsinvestitionen profitieren nicht zuletzt künftige Generationen. Die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form verhindert das jedoch. Sie ist eine echte Zukunftsbremse. Sie schränkt den finanziellen Spielraum für eine notwendige Investitionspolitik erheblich ein, obwohl Deutschland im Vergleich der großen Industriestaaten (G7) die mit Abstand geringste Staatsschuldenquote aufweist.

STAATSSCHULDENQUOTEN G7-STAATEN

Schuldenstand in % des BIP in 2022



Quelle: OECD Data Explorer

Wir brauchen eine Finanzpolitik, die eine beschäftigungsfokussierte Modernisierung der Wirtschaft unterstützt. Mittlerweile fordert auch der Großteil der Ökonom*innen und Wirtschaftsverbände bis hin zum Internationalen Währungsfonds, zukunftsweisende Investitionen verstärkt durch Kreditaufnahme zu finanzieren. Kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen sichern den Wohlstand von morgen und finanzieren sich über Wachstumseffekte zu einem guten Teil selbst.

Umgekehrt gilt: Bleiben die nötigen Investitionen aus, tragen künftige Generationen die Folgen von maroder Infrastruktur, Umweltproblemen, einem schwächeren Wachstum und dem Verlust von Industriearbeitsplätzen. Die Herausnahme von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen aus der Schuldenbremse – als sogenannte goldene Regel – ist daher ökonomisch sinnvoll und muss angesichts der enormen Investitionsbedarfe im Zentrum einer Reform der Schuldenbremse stehen. Für die zielgerichtete und verlässliche Finanzierung von mehr öffentlichen und privaten Investitionen in den klimaneutralen Umbau der Industrie sind weitere Instrumente in Betracht zu ziehen. Auch ein Sondervermögen Transformation oder ein Fondsmodell zur Investitionsfinanzierung könnten die Planbarkeit herstellen, die in der gegenwärtigen Sparpolitik gänzlich fehlt.

Im EU-Kontext sollte sich die deutsche Politik dafür einsetzen, dass die Europäische Kommission ihren gegebenen Spielraum nutzt. Anzustreben ist u. a. die Einführung einer goldenen Investitionsregel auch auf EU-Ebene und die Finanzierung einer europäischen Investitionsoffensive über einen EU-Zukunftsfonds.

Die jüngste Sparpolitik belastet einen Großteil der Gesellschaft und dabei vor allem auch viele Personen und Haushalte mit geringen Einkommen. Zugleich leistet sich Deutschland weiterhin umfangreiche Steuerprivilegien für Reiche.

Für Hochvermögende ist Deutschland ein echtes Niedrigsteuerland. So könnte speziell eine höhere Besteuerung großer Vermögen mehr Spielraum für wichtige Investitionen schaffen. Aus ökonomischer Sicht ist es zudem naheliegend, zumindest die erhöhten laufenden Ausgaben für den Umbau der Wirtschaft durch höhere laufende Einnahmen zu finanzieren – also durch mehr Steuereinnahmen.

Das Steuerkonzept des DGB macht präzise Vorschläge, wie sich die Einnahmehasis des Staates – und dadurch dessen Handlungsfähigkeit – stärken lässt. Zugleich zeigt das DGB-Konzept Wege

METALL FORDERUNG

FÜR EINE GERECHTE FINANZIERUNG



auf, wie das Steuersystem gerechter ausgestaltet und so Ungleichheiten reduziert werden können – mit einer stärkeren Orientierung an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen.



Bildrechte: Lando Hass

WAS DIE IG METALL FORDERT

- **grundlegende Reform der Schuldenbremse im Grundgesetz mit einer erneuten Verankerung einer goldenen Regel, die sicherstellt, dass Investitionen in die für den Umbau der Wirtschaft benötigte Infrastruktur vollständig kreditfinanziert werden können und die zugleich wieder deutlich mehr Investitionen im Bildungssektor und in der kommunalen Daseinsvorsorge ermöglicht**
- **kohärente Investitions- und Schuldenregeln auf kommunaler, Länder-, nationaler und europäischer Ebene (Anhebung der gesetzlichen Grenze für das gesamtstaatliche konjunkturbereinigte Defizit auf 1,5 Prozent des BIP)**
- **Verlässlichkeit und Planbarkeit bei öffentlichen und privaten Investitionen in den klimaneutralen Umbau der Industrie (Prüfung von Finanzierungsalternativen, wie z. B. eines Sondervermögens Transformation in Höhe von bis zu 600 Milliarden Euro)**
- **Umsetzung des DGB-Steuerkonzepts für eine gerechter gestaltete staatliche Einnahmehasis sowie zur Steigerung des Steueraufkommens (www.dgb.de/geld/steuerkonzept/):**
 - **progressiv wirkende Reform des Einkommensteuertarifs, um speziell auch die arbeitende Mitte zu entlasten**
 - **Abschaffung der Abgeltungssteuer, um Kapitalerträge mit dem persönlichen Einkommensteuersatz zu belegen (Arbeitseinkünfte nicht stärker besteuern als Kapitalerträge)**
 - **(Wieder-)Einführung der Vermögenssteuer für besonders vermögende Personen – im Idealfall in Abstimmung mit einer Mindestbesteuerung für Superreiche im Kreis der G20-Staaten**
 - **Reform der Gewerbesteuer, um die Steuereinnahmen der Kommunen unabhängig von der Konjunktur zu machen**



METALL FORDERUNG

GUTE RENTE FÜR JUNG UND ALT

Viele Beschäftigte – Junge und Ältere – stellen sich die Frage, ob sie sich nach einem Leben voller Arbeit auf eine auskömmliche Alterssicherung verlassen können. Wenn alles so bleibt, wie es ist, werden mittel- und langfristig die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen, zugleich wird das Rentenniveau sinken. Betriebsrenten und private Vorsorge können die drohenden Versorgungslücken nicht schließen. Klar ist: Um Beschäftigten im Alter eine solidarische und zukunftsfeste Rente zu sichern, muss es einen Kurswechsel in der Rentenpolitik geben. Die IG Metall fordert daher die Stärkung der gesetzlichen Rente und den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung.

Um die gesetzliche Rente zu sichern, muss das Rentenniveau langfristig stabilisiert und erhöht werden. Ohne Kurskorrektur drohen das Sicherungsniveau in den nächsten Jahren dramatisch zu sinken und die Versorgungslücken zuzunehmen. Ein sinkendes Rentenniveau bedeutet die Abkopplung der Entwicklung der Renten von der Entwicklung der Löhne. Die gesetzliche Rente trägt damit immer weniger zur Lebensstandardsicherung im Alter bei!

67%

der Befragten einer repräsentativen Studie im Auftrag der IG Metall fordern ein höheres Rentenniveau, auch wenn das etwas höhere Rentenbeiträge bedeuten könnte.

Quelle: Befragung Einstellungen zum Thema Rente 2024, Verian Deutschland

Gesellschaftlich droht sich damit eine Situation stetig steigender Altersarmut in Deutschland noch weiter zu verschärfen.

Die zusätzliche private Vorsorge kann diese Versorgungslücken nicht wie versprochen füllen. Die Abschluss- und Verwaltungskosten von Riester-Verträgen sind zu hoch. Die Arbeitgeber*innen sind an der Finanzierung der privaten Altersvorsorge nicht beteiligt und auch bei den Betriebsrenten übernehmen sie noch zu wenig Verantwortung. Die Kosten einer alternativen Gesellschaft werden damit zunehmend den Beschäftigten allein aufgebürdet.

Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters

In den aktuellen und kommenden Umbrüchen der Arbeitsgesellschaft sind ein realistisches Renteneintrittsalter sowie flexible und gesicherte Übergänge in den Ruhestand besonders wichtig. Bereits heute schaffen es viele Beschäftigte nicht in Arbeit bis zur Regelaltersgrenze. Forderungen nach einer grundsätzlichen Erhöhung des Renteneintrittsalters oder zur Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren passen nicht zur Realität der Arbeitswelt. Ihnen erteilt die IG Metall eine klare Absage. Ein weiteres Drehen an dieser Schraube würde für viele Beschäftigte weitere Rentenkürzungen bedeuten.

33%

der Rentner*innen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, arbeiten aus finanzieller Notwendigkeit.

Quelle: Arbeitskräfteerhebung aus 2023, Statistisches Bundesamt, 2024

Bereits heute sind viele Rentner*innen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren erwerbstätig. Für einen Teil ist die Freude an der Arbeit ausschlaggebend – für andere sind es finanzielle Gründe. Arbeiten im Rentenalter ist bereits heute durch Zuschläge sowie höhere Rentenanwartschaften attraktiv, aber für viele Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen eine Belastung. Alter(n)sgerechte Arbeit bis zum Rentenalter sollte daher stärker in den Vordergrund rücken als finanzielle Anreize für erwerbstätige Rentner*innen.

Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

Ein Leben lang gearbeitet und trotzdem arm? Das darf nicht sein! Doch für viele sieht so die Realität aus. Besonders bedroht ist, wer in Teilzeit arbeitet und wenig verdient. Dagegen helfen Tariflöhne, eine gut ausgebaute Kinderbetreuung und ein starker Sozialstaat.

Um die gesetzliche Rente zu sichern und gerecht zu finanzieren, sollten einige Stellschrauben angepackt werden. „Versicherungsfremde“ Leistungen müssen systemgerecht finanziert und die Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung deutlich erhöht werden.

Mittel- bis langfristig ist die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Berufsgruppen einbezogen sind, ein zentraler Reformansatz.

Für den einzelnen Beschäftigten sollte darüber hinaus die Möglichkeit, freiwillig und zusätzlich in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen, erleichtert werden.

Als Ergänzung zu einer gestärkten gesetzlichen Rente ist eine verbesserte arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung (bAV) als zweite tragende Säule im System der Alterssicherung notwendig. Sie kann einen zentralen Beitrag zur individuellen Absicherung im Alter, bei Erwerbsminderung sowie zur Hinterbliebenenversorgung leisten. Hierfür bedarf es weiterer Verbesserungen.

**METALL
FORDERUNG**
GUTE RENTE FÜR JUNG UND ALT



WAS DIE IG METALL FORDERT

- **Stabilisierung des Rentenniveaus und schrittweise Anhebung auf 53 Prozent**
- **Fortbestand der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren (sogenannte „Rente mit 63“) und keine Erhöhung des Renteneintrittsalters, stattdessen gesicherte und flexible Altersübergänge**
- **Gute Renten – solidarisch finanziert:**
 - **solidarische Erwerbstätigenversicherung, in die alle Berufsgruppen einbezogen werden**
 - **höhere Bundeszuschüsse und systemgerechte Finanzierung „versicherungsfremder“ Leistungen**
- **Erleichterungen und Vereinfachung der Möglichkeit freiwilliger zusätzlicher Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere durch ein grundsätzliches Recht auf zusätzliche Beitragszahlungen für Pflichtversicherte**
- **Verbesserungen bei der ergänzenden betrieblichen Altersversorgung (schrittweise Umschichtung der Fördermittel der dritten Säule in die betriebliche Altersversorgung)**



METALL FORDERUNG

MITBESTIMMUNG: FÜR MEHR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

Mitbestimmte Unternehmen verfolgen häufiger ein innovationsorientiertes Geschäftsmodell, kommen erfolgreicher durch Wirtschaftskrisen, sie investieren mehr und arbeiten nachhaltiger.

Betriebsräte gestalten immer komplexere Herausforderungen: von Qualifizierungsbedarfen bis zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Ihre Tätigkeiten und Bedarfe haben sich stark verändert. Daher müssen auch die geltenden betrieblichen Mitbestimmungsrechte weiterentwickelt und Unternehmensmitbestimmung gestärkt werden. Ob und wie Menschen Demokratie am Arbeitsplatz erfahren, prägt maßgeblich auch ihre Haltung zur Demokratie in der Gesellschaft und das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Wer von einer demokratischen Gestaltung des Wandels spricht, darf vor strategischen Unternehmensentscheidungen nicht haltmachen. Die IG Metall fordert daher mehr Mitbestimmungsrechte bei Beschäftigungs- und Standortsicherung und Qualifizierung sowie die Einbindung externer Sachverständiger durch die Betriebsräte. Verhandlungen über einen Interessenausgleich bei Betriebsänderungen müssen erzwingbar sein und regionale Gegebenheiten berücksichtigt werden.

Essenziell sind auch ein Mitbestimmungsrecht bei Personalplanung und -bemessung und ein Initiativrecht der Betriebsräte bei der Ein- und Durchführung betrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen. Viel zu oft werden Qualifizierungskonzepte der Betriebsräte von der Unternehmensleitung ignoriert!

Um die Beschäftigten mobil, im Homeoffice oder außerhalb der Werkstore zu erreichen, brauchen Gewerkschaften die gesetzliche Klarstellung eines digitalen Zugangsrechts zum Betrieb.

Betriebsrätetstärkung ist Demokratietstärkung

Mitbestimmung ist gelebte Demokratie. Doch sie wird viel zu oft bereits im Keim erstickt. Die Bekämpfung von Mitbestimmung muss als Officialdelikt ausgestaltet sein! Neben abschreckenden Bußgeldern und der Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist deshalb vor allem der besondere Kündigungsschutz – auch bei außerordentlichen und betriebsbedingten Kündigungen – für Wahlinitiator*innen wichtig. Die Kündigung sollte von einer vorherigen Zustimmung des Arbeitsgerichts abhängig gemacht und der Kündigungsschutz auf bis zu sechs Monate nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses verlängert werden.

Unternehmensmitbestimmung stärken

Unternehmen, die Mitbestimmungsgesetze rechtswidrig ignorieren, müssen effektiv bestraft werden, vor allem mit umsatzorientierten Geldbußen. Die IG Metall fordert außerdem, das Doppelstimmrecht der/des Aufsichtsratsvorsitzenden bei Pattsituationen zugunsten eines Schlichtungsverfahrens abzuschaffen.



Die schleichende Aushöhlung der Unternehmensmitbestimmung muss endlich gestoppt werden! Ein bekannter Trick: Unternehmen wandeln ihre Rechtsform frühzeitig in eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) um, bevor die gesetzlichen Schwellenwerte für die paritätische Unternehmensmitbestimmung erreicht werden. Durch die aktuelle Rechtsprechung des EuGH („Olympus-Urteil“) droht die Mitbestimmung zusätzlich erheblich geschwächt zu werden.

Die Mitbestimmung muss zwingend auf ausländische Rechtsformen ausgeweitet und die Schwellenwerte für gleichberechtigte Mitbestimmung gesenkt werden.

Die aktuelle gesetzliche Regelung sieht zudem keine automatische Konzernzurechnung von Beschäftigten in Tochterunternehmen vor (Drittelbeteiligungslücke). Die Folge: Konzerne werden in eine Holding mit verschiedenen Töchtern umgewidmet, um Arbeitnehmer*innen die Tür zum Aufsichtsrat vor der Nase zuzuschlagen. Es ist daher nur angemessen, wenn Inlandsbeschäftigte wie im Mitbestimmungsgesetz konzernweit mitgezählt werden – und zwar bei allen Personengesellschaften.

METALL FORDERUNG

MITBESTIMMUNG: FÜR MEHR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT



So ändert sich im Schnitt die Wahrscheinlichkeit*, dass Beschäftigte starkes Interesse an Politik haben, wenn sie ...

von einem Betriebsrat vertreten werden

+ 5 %



selbst Betriebsratsmitglied sind

+ 23 %



* unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen; Quelle: Jirjahn, Le 2022 & Hans-Böckler-Stiftung



WAS DIE IG METALL FORDERT

Betriebliche Mitbestimmung

- erzwingbarer Interessenausgleich bei Betriebsänderung (§ 112 BetrVG)
- Initiativrecht bei betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen, Mitbestimmungsrecht bei Personalplanung und -bemessung (§ 92 und § 96 Abs. 1 BetrVG)
- erleichterte Hinzuziehung von Sachverständigen durch den Betriebsrat
- Ergänzung von § 2 Abs. 2 BetrVG um digitalen Zugang zum Betrieb
- Ausbau des besonderen Kündigungsschutzes für Wahlinitiator*innen
- Behinderung von Betriebsratswahlen und -tätigkeit zu einem Officialdelikt machen

Unternehmensmitbestimmung

- Mitbestimmungsvermeidung im Zusammenhang mit SE-Gesellschaften unterbinden
- Erweiterung der Mitbestimmung auf andere Rechtsformen (ausländische/KG)
- Schließung der „Lücke in der Drittelbeteiligung“ (Konzernzurechnung)
- Einführung eines Sanktionsregimes für Fälle rechtswidriger Nichtanwendung der Mitbestimmung
- Antragsberechtigung der Gewerkschaften in Statusverfahren auch im Bereich der Drittelbeteiligung
- Absenkung des Schwellenwerts für die paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte
- Einführung eines Mindestkatalogs zustimmungspflichtiger Geschäfte (vor allem Interessenausgleich und Beschäftigungssicherung)
- Schlichtungsverfahren statt Doppelstimmrecht des/der Aufsichtsratsvorsitzenden

§ METALL FORDERUNG

FÜR EINE STARKE TARIFAUTONOMIE UND MEHR TARIFBINDUNG

Tarifpolitik ist das wesentliche Instrument zur Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen unter demokratischer Einbeziehung der Beschäftigten und auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern. Die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie sorgt für eine angemessene Beteiligung der Beschäftigten am erwirtschafteten Wohlstand und ist ein essenzieller Bestandteil des demokratischen Sozialstaats. Tarifverträge sorgen für faire Verhältnisse in den Betrieben und haben über ihren eigentlichen Geltungsbereich hinaus eine wichtige Ordnungs- und Orientierungsfunktion.

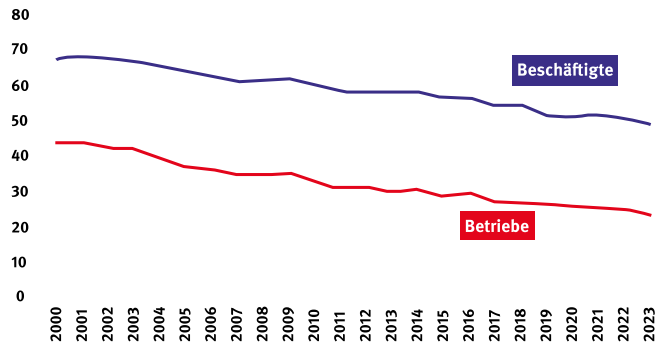
Tarifautonomie und das Tarifvertragssystem stehen aber unter Druck: Seit Jahren sinkt die Tarifbindung, 2023 galt nur noch für etwa 24 Prozent der Betriebe und ungefähr 50 Prozent der Beschäftigten ein Tarifvertrag. Die Gewerkschaften stemmen sich gegen diesen Trend, die IG Metall kämpft für mehr Tarifbindung und mehr Durchsetzungskraft in Betrieben und Fläche.

Der Gesetzgeber darf hier nicht tatenlos zusehen: Die Mindestlohnrichtlinie der Europäischen Union verpflichtet die Mitgliedsstaaten sogar dazu, Tarifverhandlungen zu fördern und die Tarifbindung zu erhöhen. Dazu soll die Bundesrepublik Deutschland einen Aktionsplan aufstellen und umsetzen.

Es ist Zeit: Das Bundestariftreuegesetz muss endlich kommen

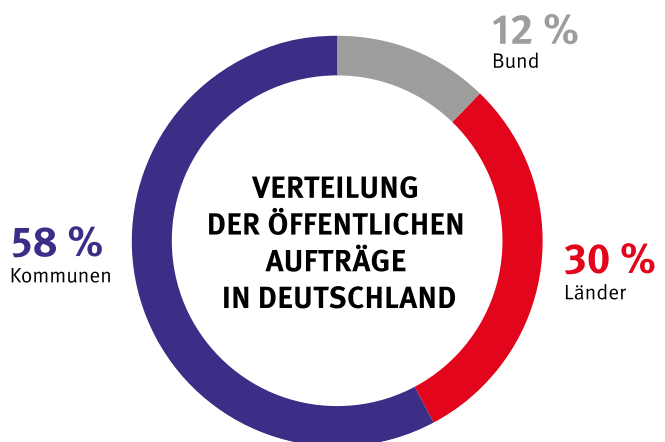
Bund, Länder und Kommunen sind wichtige Auftraggeber.

BETRIEBE UND BESCHÄFTIGTE IN BETRIEBEN MIT TARIFBINDUNG, IN PROZENT



Quelle: Tarifbindung in den Bundesländern. Entwicklung der Tarifbindung in Deutschland seit 2000. WSI-Analysen zur Tarifpolitik Nr. 103. April 2024.

Dadurch werden auch Wettbewerbsverzerrungen und Lohndumping unterbunden. Eine Tariftreuregelung muss dabei auch klare Kontroll- und Sanktionsmechanismen enthalten. Damit einhergehend muss bei der Vergabe von staatlichen Mitteln und Förderprogrammen die Tarifbindung als verbindliches Kriterium Berücksichtigung finden: Nur wer Tarifverträge einhält und damit faire Arbeitsbedingungen im Unternehmen respektiert, soll von staatlichen Zuwendungen profitieren.



Quelle: WSI/Thorsten Schulten, Infografik: IG Metall

Tarifbindung stärken!

Um einen substanziellen Beitrag zur Erhöhung der Tarifbindung zu leisten, ist eine gesetzliche Flankierung von Methoden zur Mitgliederdifferenzierung für Tarifvertragsparteien notwendig. Umstrukturierungen dürfen nicht zulasten der Beschäftigten und der bisherigen Tarifbindung gehen! Es ist notwendig, den bisher bestehenden „Königsweg der Tariffucht“ zu beenden und eine kollektive und zwingende Weitergeltung der bisherigen tariflichen Regelungen auch bei Betriebsaufspaltung sicherzustellen.

**WEIL
DAS JETZT
ZÄHLT.**

Innungen in die Pflicht nehmen

Der Gesetzgeber hat in der Handwerksordnung die öffentlich-rechtlichen Innungen und Innungsverbände damit beauftragt, Tarifverträge abzuschließen. Dieser verliehenen Rolle werden die Innungen immer seltener gerecht. Sie entziehen sich dem Abschluss von Tarifverträgen, mit fatalen Folgen für die Tarifbindung und die Arbeitsbedingungen in vielen Handwerksbereichen.

Negativ hinzu kommt, dass Gewerkschaften im kleinteilig geprägten Handwerk in vielen Bereichen nicht die Möglichkeit haben, auf diese Form der Tariffucht wirksam zu reagieren. Der Gesetzgeber ist deshalb aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Innungen ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag nachkommen, auch durch die Möglichkeit mit der Aberkennung ihres Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft.

Hände weg vom Streikrecht!

Neben der notwendigen Umsetzung eines nationalen Aktionsplans zur Stärkung der Tarifbindung muss eine künftige Bundesregierung

**METALL
FORDERUNG**
FÜR EINE STARKE TARIFAUTONOMIE
UND MEHR TARIFBINDUNG



aber auch klarstellen, dass sie die in Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes garantierte Tarifautonomie und die für ihre Umsetzung notwendigen Instrumente respektiert. Tarifverträge fallen nicht vom Himmel, die Erfahrung zeigt: Ohne Überwindung der Widerstände der Arbeitgeberseite geht es nicht. Zur Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen brauchen Gewerkschaften eine starke Mitgliedschaft und das Instrument des Streiks. Die Auseinandersetzungen im Verkehrsbereich und im öffentlichen Dienst haben wieder diejenigen auf den Plan gerufen, die schon in der Vergangenheit die Axt an die Wurzeln des Streikrechts legen wollten. Die IG Metall tritt jeder Einschränkung im Arbeitskampfrecht entschieden entgegen!



Bildrechte: Theresa Rundel

**WAHL
2025**

WAS DIE IG METALL FORDERT

- **Aufstellung und Umsetzung eines Aktionsplans zur Förderung von Tarifverhandlungen und Erhöhung der Tarifbindung mit den Sozialpartnern**
- **Gesetzliche Flankierung von Methoden zur Mitglieder differenzierung für Tarifvertragsparteien**
- **Bundestariftreuegesetz gegen Wettbewerbsverzerrungen und Lohndumping**
- **Fortgeltung von Tarifverträgen bei Umstrukturierungsmaßnahmen**
- **Konsequente Erfüllung der Aufgabe von öffentlich-rechtlichen Handwerksinnungen auch Tarifverträge abzuschließen**
- **Hände weg vom Streikrecht**